

13.06.2018



RESOLUTIONSANTRAG

des Abgeordneten Mag. Karner

zur Gruppe 1 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2019, Ltg.-203/V-6-2018

betreffend Realisierung der Flugpolizei-Einsatzzentrale Wiener Neustadt

Im Zuge des Sicherheitspakts zwischen dem Land Niederösterreich und dem Bundesministerium für Inneres wurde vereinbart, eine Einsatzzentrale der Flugpolizei am Areal der Sondereinheit Cobra in Wiener Neustadt zu errichten. Vorgesehen ist dabei eine Einsatzstelle samt Werkstätte für acht Hubschrauber, wobei im Zuge der Übersiedelung auch 45 Arbeitsplätze verlagert werden sollen.

Anlässlich der Präsentation des Vorhabens vor einem Jahr wurde die aus mehreren Gründen ideale Lage des Standorts Wiener Neustadt erläutert. So können etwa Einheiten des EKO Cobra bei terroristischen Sonderlagen rasch verlegt werden und die Nähe zur Region Schneeberg und Rax gewährleistet kurze Anflugzeiten bei der Bergung von Menschen aus alpinen Notlagen. Ein weiterer Vorteil des gewählten Standortes in Wiener Neustadt ist, dass die An- und Abflüge der Hubschrauber über unbebautes Gebiet erfolgen können.

Das Bundesministerium für Inneres bestätigte kürzlich jedoch Medienberichte, wonach die Übersiedelung der Flugpolizei nunmehr auf dem Prüfstand stehe und neu bewertet werden solle. Begründet wird dies vom Ministerium unter anderem damit, dass es Anrainerbeschwerden gegen das Projekt geben solle. Sowohl die Vorgangsweise als auch diese Argumentation des Ministeriums sind durchaus hinterfragenswert. Denn einerseits ist das Projekt bereits weit gediehen und ausfinanziert. So liegt ein Architektenentwurf dafür bereits vor. Seitens der NÖ Landesregierung wurde auch eine Förderung in Höhe von bis zu 2,9 Millionen Euro genehmigt. Andererseits

gibt es entgegen der Aussagen keine „massiven Anrainerbeschwerden“, sondern lediglich eine Eingabe aus Bad Fischau-Brunn, die man im Dialog lösen kann.

Angesichts der hohen Bedeutung der Flugpolizei-Einsatzzentrale, nicht nur für die wirtschaftliche Wertschöpfung in der Region, sondern insbesondere für den gesamten Sicherheitsstandort Niederösterreich und unter Bedachtnahme auf die Vereinbarung im Sicherheitspakt sowie die weit fortgeschrittenen Planungen, wäre es seitens des Bundesministerium für Inneres angezeigt, klar für das Projekt Stellung zu beziehen und es nunmehr zu realisieren anstatt Unsicherheit zu schaffen.

Der Gefertigte stellt daher folgenden

A n t r a g:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird ersucht, im Sinne der Antragsbegründung, an die Bundesregierung, insbesondere an den zuständigen Bundesminister für Inneres, heranzutreten und diese aufzufordern, die Flugpolizei-Einsatzzentrale am Gelände der Sondereinheit Cobra in Wiener Neustadt, wie im Sicherheitspakt zwischen dem Land Niederösterreich und dem Bundesministerium für Inneres vereinbart, zu realisieren sowie die dazu noch erforderlichen Schritte ehestmöglich zu setzen.“